

Aus dem Plenum

Mit 42 Punkten war die Tagesordnung so gut gefüllt wie kaum jemals zuvor. Eine kontroverse Debatte entstand um den Landeshaushalt 2011, den die Landesregierung ins Plenum einbrachte. Nach der Präsentation der Eckdaten des Haushaltsentwurfs diskutierten die Fraktionen den Haushalt aus ihren verschiedenen Blickwinkeln. Am Ende der Debatte wurde der Gesetzesentwurf einstimmig in den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

In erster Beratung kam der Gesetzesentwurf zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes in

den Landtag. Er beinhaltet die Einführung des Gemeinschaftsschulenmodells und des Gütezeichens ‚Oberschule‘. Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde zur Beratung in den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur überwiesen.

Der Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes beabsichtigte die Senkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre. In zweiter Beratung wurde der Entwurf mit 37 Ja-Stimmen zu 45 Nein-Stimmen vom Plenum abgelehnt. Die Fraktion der

FDP nutzte die Aktuelle Stunde zum Thema „Aktuelle Fragen der Thüringer Wirtschaftspolitik – 20 Jahre nach der deutschen Einheit“, um auf das bisher Erreichte zurückzuschauen und die Herausforderungen der Zukunft zu thematisieren. In dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Keine Abschiebung von Roma-Familien aus Thüringen“ verwies die Fraktion auf die missliche Situation der Familien und machte sich gegen eine Abschiebung stark. DIE LINKE nutzte die Aktuelle Stunde, um nach den Auswirkungen einer fehlenden Rechtsverordnung

auf die Umsetzung des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes zu fragen. Mit der Situation von Jugendlichen in Thüringen, die in der 16. Shell-Jugendstudie analysiert wurde, beschäftigte sich die CDU in ihrem Antrag zur Aktuellen Stunde. Die Zukunft des Wintersport- und Tourismusentrums Oberhof beschäftigte die Fraktion der SPD. Sie forderte Maßnahmen, um den Wintersportort zu fördern und attraktiver zu machen. Eine vollständige Übersicht aller Themen ist in der Parliamentsdokumentation unter www.thueringer-landtag.de

Verfassungsgerichtspräsident a. D. Harald Graef mit Empfang verabschiedet

Am Abend des ersten Plenarsitzungstages am 6. Oktober wurde Verfassungsgerichtspräsident a.D. Harald Graef mit einem feierlichen Empfang offiziell aus seinem Amt verabschiedet.

Landtagspräsidentin Birgit Diezel würdigte seine Leistungen für die Thüringer Justiz.

Am 28. Mai 2010 hatte der Landtag den neuen Präsidenten und weitere Mitglieder und Stellvertreter gewählt. Der neu gewählte Präsident des Verfassungsgerichtshofs,



v.l.n.r. Joachim Lindner, Harald Graef, Birgit Diezel, Prof. Dr. Peter Huber

Joachim Lindner, wurde unmittelbar nach der Wahl am 28. Mai ernannt und vereidigt.

Als weitere Mitglieder bzw. Stellvertreter wurden am 6. Oktober vor dem Landtag vereidigt:

Eckart Peters, Dr. Hartmut Schwan, Elke Heßelmann, Thomas Schneider, Prof. Dr. Christoph Ohler, Prof. Dr. Walter Bayer, Dr. Matthias Ruffert, Dr. Iris Martin-Gehl, Michael Menzel, Petra Pollak und Brigitte Baki.

Bilanz - Der 5. Thüringer Landtag konstituierte sich vor einem Jahr

Am 29. September jährte sich die Konstituierung des 5. Thüringer Landtags zum ersten Mal. Landtagspräsidentin Birgit Diezel würdigte die Arbeit des Parlaments. „In den vergangenen zwölf Monaten wurden 31 Plenarsitzungen abgehalten, in denen die Abgeordneten ihre Debattierfreude und Entscheidungsfähigkeit unter Beweis stellten“, bilanzierte sie. „Die Arbeit im Parlament ist lebendiger und abwechs-

lungsreicher geworden. Mit 43 Gesetzentwürfen und 14 verabschiedeten Gesetzen haben die fünf Fraktionen im Landtag dessen Funktion als Gesetzgeber mit Leben gefüllt. Daneben haben die Abgeordneten mit 1.148 Anfragen (233 mündlichen, 913 kleinen und 2 großen Anfragen) die Arbeit der Regierung kontrolliert und hinterfragt. In 123 Ausschusssitzungen beschäftigten sich die Parlamentarier intensiv mit einem brei-

ten Spektrum an Sachfragen. 22 Ordnungsrufe zeugen davon, dass die Plenarsitzungen mitunter auch temperamentvoll verliefen“, resümierte Frau Diezel das erste Jahr der 5. Wahlperiode. Höhepunkte gab es in den 365 vergangenen Tagen in großer Zahl zum Beispiel die Feiern zum 90-jährigen Bestehen des Freistaats Thüringen, eine Lesung zum Gedenken an den DDR-Bürgerrechtler Jürgen Fuchs, das Landesfina-

le von ‚Jugend debattiert‘ oder die Kunstaussstellung „Rückkehr in die Freiheit. Politik mit Bildern“, die Werke des bedeutenden Künstlers HAP Grieshaber zeigt. Landtagspräsidentin Birgit Diezel blickt zuversichtlich in die Zukunft: „Der Landtag wird auch in den nächsten vier Jahren seine Arbeit transparent gestalten und die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats zur politischen Teilhabe ermutigen.“

Kurz gemeldet

Am 23. September feierte der Thüringer Museumsverband sein 20-jähriges Bestehen im Thüringer Landtag. Gleichzeitig wurde die Ausstellung „20 Geschichten aus 20 Jahren“ über die Arbeit des Museumsverbands eröffnet, die bis zum 28. Oktober im Landtag zu sehen ist. +++ Den Titel „Umweltschule in Europa/ Internationale Agenda 21 Schule“ erhielten am 24. September 57 Thüringer Schulen als Auszeichnung für ihre Erfolge im Bereich der ökologischen Bildung. +++ Die Lebenshilfe Thüringen feierte am 30. September ihr 20-jähriges Bestehen in Thüringen. Landtagspräsidentin Birgit Diezel, die im Ehrenamt auch Vorsitzende der Lebenshilfe Thüringen ist, nahm an der Jubiläumsfeier teil. +++ Im Landtag ist bis zum 29. Oktober eine Doppelausstellung zur deutschen Einheit zu sehen. Sowohl die Plakatausstellung „Heile Welt der Diktatur“ als auch die Wanderausstellung „Thüringer Landesgrenzen“ widmen sich der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. +++ Zum Abschluss der diesjährigen Wald-Jugendspiele wurde am 4. Oktober im Landtag der Waldpädagogikpreis „Ecki“ verliehen. Landtagspräsidentin Birgit Diezel übergab die Auszeichnung, die besonderes Engagement im Bereich der Umweltbildung ehrt.

Ausstellungshöhepunkt im Landtag:

HAP Grieshaber „Rückkehr in die Freiheit. Politik in Bildern.“

Ein schwarz-weißer, expressiver Gesichtsausdruck ziert das Veranstaltungsplakat, welches den diesjährigen Ausstellungshöhepunkt im Thüringer Landtag ankündigt: „HAP Grieshaber - Rückkehr in die Freiheit. Politik in Bildern“. Die Ausstellung, die in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk Erfurt der Konrad-Adenauer-Stiftung entstand, zeigt die Werke des bekannten deutschen Künstlers HAP Grieshaber, der in seinen Bildern immer auch politische Geschehnisse darstellte. Er gilt als politisch denkender Künstler, als ein Anwalt der Freiheit und der Menschenwürde. Wie kaum ein anderer Künstler hat Grieshaber gemeinsam mit der Schriftstellerin Margarete Hannsmann deutsch-deutsche Beziehungen herzustellen und am Leben zu erhalten versucht. Für Grieshabers Stiefsohn Cornelius Hannsmann war es ein Herzenswunsch, zum 20. Jahrestag der Wiedervereinigung - die Grieshaber selbst nicht mehr miterleben durfte - das

Werk seines Vaters noch einmal geschlossen zu zeigen. „Für den Landtag ist es ein herausragendes Ereignis, einen solch singulären Künstler der Moderne präsentieren zu können“, sate Landtagspräsidentin Birgit Diezel über die Ausstellung. „Grieshaber suchte immer einen Weg, seine Arbeiten auch in der DDR zu zeigen. 1965 wurden erste Ausstellungen in Dessau und Berlin durchgeführt. 1966 wurde sein monumentales Werk „Der Totentanz von Basel“ vom Dresdner Verlag der Kunst verlegt. Selbst in Erfurt gelang es ihm, seine Arbeiten zu zeigen, wie 1968 im Predigerkloster. Deshalb freut es mich besonders, dass der Landtag im Jahr zwanzig der Wiedervereinigung künstlerisch wie politisch bedeutende Werke Grieshabers ausstellt“, so Frau Diezel.

Interessierte können sich noch bis zum 26. November im Thüringer Landtag von der Ausdruckskraft der Bilder überzeugen.



Trauer um Cornelius Hannsmann

Am Montag, dem 11. Oktober ist der Stiefsohn Grieshabers, Cornelius Hannsmann, nach langer, schwerer Krankheit verstorben. Landtagspräsidentin Birgit Diezel zeigte sich tief betroffen: „Wir trauern um einen profunden Kunstkenner, der sich große Verdienste um die Gegenwartskunst erworben hat.“ Vor zwei Wochen, am 29. September, hatte Hannsmann noch die Grieshaber-Ausstellung im Landtag eröffnet.

20 Jahre Deutsche Einheit

Landtagspräsidentin sprach im Hessischen Landtag

Am 3. Oktober jährte sich der Tag der Deutschen Einheit zum zwanzigsten Mal. Anlässlich dieses historischen Datums nahm Landtagspräsidentin Birgit Diezel an verschiedenen Festveranstaltungen teil. Auf Einladung des hessischen Landtagspräsidenten Nobert Kartmann sprach Frau Diezel am 28. September im Hessischen Landtag vor den Abgeordneten des Nachbarlandes über die Bilanz der letzten 20 Jahre: „Der Zusammenbruch des Ostblocks und die Wiedervereinigung Deutschlands beendeten eine ganze Epoche, die im Zeichen des Ost-West-Konflikts gestanden hatte“, sagte Birgit Diezel. „Es begann ein neues Zeitalter, welches unsere enge, begrenzte Welt aus den Angeln hob und sie von Grund auf ver-

änderte. Freiheit und Demokratie waren in der Staatsdoktrin der DDR nicht vorgesehen. Doch die Menschen im Osten Deutschlands forderten im Herbst 1989 laut und vernehmlich ihre Rechte ein - und schrieben damit Weltgeschichte. Seitdem sind nun 20 Jahre vergangen und Thüringen ist politisch gefestigt wie nie zuvor in seiner Geschichte. Demokratie und Rechtsstaat erfreuen sich großer Zustimmung in der Bevölkerung.“ „Thüringen ist eines der erfolgreichsten neuen Bundesländer, das durchaus einem Vergleich mit den alten Ländern standhalten kann. Ohne die Solidarität der Menschen in Westdeutschland, insbesondere in Hessen, wäre diese erfolgreiche Entwicklung so nicht möglich gewesen.“

Faszination Computerspiele

Politiker erleben die Welt der Videospiele

Nachmittags in Thüringens Kinderzimmern: Playstation, Nintendo Wii oder Xbox - kaum von der Schule zu Hause, suchen viele Kinder Ablenkung in Computerspielen. Aktuelle Studien besagen, dass 76 % der

feld zwischen Jugendkultur und Jugendschutz“ statt. Nach einem Vortrag über die Grundlagen der Computerspielgenres erhielten die Politiker aller Fraktionen eine praktische Einführung in die Welt der PC-Spiele.



11- bis 17-Jährigen täglich den Computer nutzen, 33,5 % nutzen täglich ihre Spielkonsole. Für Eltern, Lehrer und Politiker sind dies erschreckende Zahlen. Um den Parlamentariern konkrete Einblicke in die umstrittenen Medien zu ermöglichen, fand im Landtag Ende September ein Praxisseminar der Thüringer Landesmedienanstalt in Zusammenarbeit mit der ComputerSpieleSchule Leipzig zum Thema „Faszination Computerspiele: Spannungs-

Landtagsvizepräsidentin Dr. Birgit Klaubert (z.v.r.) nahm mit Interesse an dem Seminar teil. „Der älteren Generation fehlt es meist an ausreichendem Wissen über dieses Medium. Nur wer informiert ist, vermag fundiert zu beurteilen, ob und ab wann Computerspiele zu einer Gefahr werden können. Gerade für Politiker, die sich immer wieder mit Fragen des Jugendmedienschutzes beschäftigen, ist daher ein Einblick in diesen Bereich von großem Nutzen.“

Landtagskollekten an Hospiz-Freundeskreis Erfurt übergeben

Die Kollektengelder in Höhe von rund 2.000 Euro, die während der Morgenandachten in der vergangenen vierten Wahlperiode gesammelt wurden, übergab Landtagspräsidentin Birgit Diezel gemeinsam mit ihrer Amtsvorgängerin Prof. Dr. Dagmar Schipanski am 6. Okto-

ber dem Hospiz-Freundeskreis Erfurt. Die Kollekten kommen der ambulanten und stationären ökumenischen Hospizarbeit in Erfurt zugute, deren Ziel es ist, Menschen einen würdigen Abschied aus dem Leben zu ermöglichen.



Dr. Thomas A. Seidel, Birgit Diezel, Johanna Arenhövel, Dr. Kjell Eberhardt, Prof. Dr. George Alexander Albrecht von Massow, Prof. Dr. Ing.-habil. Dagmar Schipanski, Dr. Inge Linck, Winfried Weinrich, Dieter Schmidt (v.l.n.r.). Foto: TLZ, Peter Michaelis

Schwarz-rot-goldene Krawatten sorgen für Aufsehen



Mit schwarz-rot-goldenen Krawatten und Tüchern erschien die CDU-Landtagsfraktion zur Plenarsitzung und hatte damit in Teilen der Opposition für Empörung gesorgt. Grünen-Abgeordnete legten Einspruch ein. Daraufhin unterbrach die Landtagspräsidentin die Sitzung. Der einberufene Ältestenrat sah die „Würde des Hauses“ durch den Kleidungsstil allerdings nicht beeinträchtigt.

20 Jahre Deutsche Einheit: Ein Grund zur Freude

20 Jahre Deutsche Einheit waren und sind ein Grund zur Freude. Das unterstrich der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring in der letzten Plenarsitzung. Die Fraktion DIE LINKE neige dazu, die Früchte der friedlichen Revolution eher klein und die Probleme der Transformation eher größer zu zeichnen, kritisierte der CDU-Politiker. Mohring stellte eine positive Bilanz in seiner Rede heraus. An die Stelle einer kommunistischen Parteidiktatur sei eine parlamentarische Demokratie, aus einem Unrechtsstaat ein Rechtsstaat geworden. Die soziale Marktwirtschaft löste die ineffiziente Zentralverwaltungswirtschaft ab.

Aus Insassen eines Mauerstaates seien freie Bürger geworden. Mohring bilanzierte 20 Jahre deutsche Einheit



und verglich beispielsweise die heutige Lebenserwartung, das Gesundheitswesen, den Umweltschutz oder auch

die Infrastruktur mit 40 Jahren SED-Diktatur. Der Fraktionsvorsitzende nahm auch die Zukunft in den Blick. Die CDU-Fraktion wolle beispielsweise die Entfristung des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes über den 31.12.2010 hinaus erreichen, die Bedürftigkeitsregelung bei Opferpensionen abschaffen, die Zwangsausgesiedelten als Opfergruppe anerkennen und eine Initiative zu den verlorenen Schulabschlüssen (verfolgte Schüler) starten. „1989/90 war ein Sieg der Freiheit. Auch für das, was davor war, gilt: Nie wieder Kommunismus – wehret den Anfängen!“, schloss Mohring seine Rede im Plenum ab.

Thüringer Wirtschaft fordert strikten Sparkurs Unterstützung für die Haushaltsziele der CDU-Fraktion

„Haushaltskonsolidierung ist unumgänglich, jedoch keine schmerzfreie Angelegenheit.“ Das hat die haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Annette Lehmann, zu den Forderungen der Thüringer Wirtschaft und dem aktuellen Sonderbericht des Landesrechnungshofes zum Landeshaushalt gesagt. Lehmann stärkte Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht den Rücken, die im Jahr 2014 wieder Landeshaushalte ohne neue Schulden aufstellen will. Eine Haushaltskonsolidierung nach dem Motto „wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ werde jedoch nicht funktionieren. Der Rechnungshof hat darauf hingewiesen,

dass in zehn Jahren nur noch 7,1 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, während die Landesregierung für 2011 noch mit einem Haushaltsvolumen von rund 9,5 Milliarden Euro plant. Die Politikerin unterstrich vor diesem Hintergrund die Erwartung der Fraktion an die Haushaltsstrukturkommission der Landesregierung. Sie müsse klar sagen, welche Leistungen, Investitionen und Kofinanzierungen eingeschränkt werden müssen und wie die Personalkosten gesenkt werden können.

Auch die drei Thüringer IHK-Präsidenten und führende Wirtschaftsunternehmen hatten die Landesregierung zu einem strikten Sparkurs aufgefordert.

Rene Schricke aus Sömmerda gewinnt Wochenendreise nach Berlin



Der Gewinner steht fest: Rene Schricke (Mitte) aus Sömmerda. Er hatte bei einem Gewinnspiel der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag zum Tag der offenen Tür teilgenommen und den Fußballweltmeister richtig getippt. Der Sömmerdaer freut sich nun auf eine Wochenendreise nach Berlin, gesponsert von der Reisebüro Steinbrück GmbH. Der Preis wurde dem glücklichen Gewinner jetzt durch den Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Mike Mohring, übergeben.

Zukunftsakademien für junge Thüringer

Die langfristige konzeptionelle Einbindung der Berufsakademien in die Thüringer Hochschullandschaft soll Thema in den Ausschussberatungen zur Novelle des Thüringer Berufsakademiegesetzes werden. Das hat der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion, Dr. Mario Voigt, in der Plenardebatte im Landtag erklärt. Das Berufsakademiegesetz ist bis Jahresende befristet und wird aus diesem Grund in den nächsten Wochen in den Landtagsausschüssen beraten. Voigt bezeichnete die überaus erfolgreichen Einrichtungen als „Zukunftsakademien für junge Thüringer“. Die Zahlen sprechen nach seinen Worten für das Berufsakademiestudium. 97 Prozent der Absolventen haben nach dem Studium einen Beruf, vier Fünftel bleiben in Thüringen. Die Nachfrage nach den begehrten Akademieplätzen wächst, in Gera sind 750 und in Eisenach 690 Studenten eingeschrieben. In enger Kooperation mit dem Mittelstand tragen die Akademien entscheidend zur Fachkräftesicherung in Thüringen bei.

Ramelow: Politische Auseinandersetzung

Der Landtags-Justizausschuss hat am 1. Oktober die Immunität von Bodo Ramelow aufgehoben. Der Fraktionschef der LINKEN sprach in einer ersten Reaktion von einem fragwürdigen und „im höchsten Maße politischen Vorhalt“. Schließlich handele es sich hier nicht um irgendein zu ahndendes Vergehen, wie bspw. Fahrerflucht, „sondern es geht um eine politische Auseinandersetzung“. Es gibt eine wachsende Empörung über das Vorgehen der Staatsanwaltschaft Dresden, die dem Politiker vorwirft, die Blockade eines Neonazi-Aufmarschs in Dresden am 13. Februar mitorganisiert zu haben, indem er zusammen mit den Fraktionen der LINKEN aus dem hessischen und aus dem sächsischen Landtag zu einer „Fraktionssitzung unter freiem Himmel“ aufgerufen habe. Er habe „keine persönlichen Verfehlungen begangen“, betonte Ramelow.

20 Jahre linke Politik im Thüringer Landtag

Mit einer Festveranstaltung im Erfurter DASDIE-BRETTL begeht die Landtagsfraktion DIE LINKE am 26. Oktober ihr 20jähriges Bestehen. 1990 mit 9,7 Prozent und neun Sitzen als Linke Liste/PDS-Fraktion begonnen, hatte DIE LINKE zuletzt bei den Landtagswahlen im vergangenen Jahr mit 27,4 Prozent sowie allein 14 Direktmandaten ihr bisher bestes Ergebnis erreichen können. Zum Jubiläum sprechen werden u.a. der erste Fraktionsvorsitzende Klaus Höpcke sowie Prof. Dr. Joachim Linck, ehemaliger Direktor des Thüringer Landtags, und Dr. Gesine Löttsch, Parteivorsitzende DIE LINKE.

„5 vor 12“-Aktion am Landtag: „Gerecht geht anders!“ Niedrige Löhne, Minijobs, Leiharbeit – 280.000 Thüringer betroffen

Mit schwarzen Luftballons, an denen Karten mit Forderungen an die verantwortliche Politik gebunden waren, hatten Gewerkschafter und Landtagsabgeordnete – im Foto zusammen mit der DGB-Landesvorsitzenden Renate Licht die Abgeordneten der Linksfraktion Knut Korschewsky, Bodo Ramelow, Susanne Hennig, Sabine Berninger und Ina Leukefeld – anlässlich des Tages der menschenwürdigen Arbeit am 7. Oktober an der Aktion „Gerecht geht anders“ teilgenommen. Mit dem symbolischen Protest „5 vor 12“ am Landtagshochhaus – unter Beteiligung übrigens auch von SPD-Abgeordneten sowie des Ministers Matthias Machnig (als Person, wie er betonte) – sollte auf die schwierige Situation vieler Arbeitnehmer und



ihrer Familien hingewiesen werden. Es sei nicht hinnehmbar, so der Fraktionschef der

Bodo Ramelow und forderte einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. „Niedrige Löhne, Mini- und Midi-Jobs, zunehmende Leiharbeit und immer mehr befristete Arbeitsverhältnisse sind für mehr als 280.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Thüringen bittere Realität“, sagte Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Das Sparpaket der Bundesregierung und die geplante Anhebung des Hartz IV-Regelsatzes um 5 Euro seien „nicht nur Verhöhnung für die Menschen, die aus Mangel an existenzsichernden Arbeitsplätzen keine Arbeit finden, sondern damit wird auch der Druck auf Löhne und Gehälter verstärkt“.

Unüberschaubarer Wildwuchs bei Gesetzesauslegung

Auf Antrag der LINKEN hatte sich der Thüringer Landtag in einer Aktuellen Stunde mit den „Auswirkungen des Fehlens der Rechtsverordnungen auf die Umsetzung des Thüringer Kindertagesstättengesetzes“ befasst. „Die Landesregierung nimmt es billigend in Kauf, dass es bei der Auslegung des Gesetzes einen unüberschaubaren Wildwuchs gibt“, hatte die familienpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Margit Jung, bereits im Vorfeld der Landtagssitzung protestiert und auf das Chaos in den

Kommunen verwiesen, wie damit nun umgegangen werde. So würden durch verschiedene Träger schon Kita-Gebührenerhöhungen von ein- bis dreihundert Prozent berechnet, kürzere Öffnungszeiten diskutiert und wieder andere verschoben die Umsetzung des Gesetzes gleich auf das Jahr 2013. „DIE LINKE fordert, dass die Landesregierung umgehend die Rechtsverordnungen erlässt und für eine gesetzeskonforme Umsetzung der Kita-Novelle sorgt“, betonte Frau Jung.



Freie Schulen: „Von uns könnt ihr lernen!“

Bevor die Abgeordnete der Linksfraktion, Dr. Birgit Klauert, zum Gesetzentwurf der Landesregierung über Schulen in freier Trägerschaft im Plenum das Wort ergriff, hatte sie draußen vor dem Landtag zu den zahlreich protestierenden Kindern, Lehrern und Eltern – im Foto mit einer Vertreterin der freien integrativen Schule „Känguru“ aus ihrer Heimatstadt Altenburg – gesprochen. Sie betonte: „Auf einem Plakat steht ‚Von uns könnt ihr lernen‘, genau so ist es, denn die



freien Schulen sind ein wichtiger Bereich unserer Bildungslandschaft, die nicht schlech-

ter. Das wird die LINKE auch in den nun anstehenden Ausschussberatungen zum Ausdruck bringen.“

„Jedes Kind und jeder Jugendliche an den Schulen in Thüringen muss dem Land gleich viel wert sein. An der Bildung darf nicht gespart werden, weder bei den staatlichen noch bei den freien Schulen“, erklärte die Bildungspolitikerin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Michaela Sojka.

„Kunstvoll im Gang“: Bertram präsentiert Einblicke und Ausblicke

Neuigkeiten bei „Kunstvoll im Gang“: Arbeiten des Künstlers Axel Bertram (Jahrgang 1942) aus Leipzig sind seit dem 28. September auf

der Etage der SPD-Fraktion im Landtag zu sehen. Mit den ausgestellten Arbeiten in Acryl auf Leinwand präsentiert die SPD-Fraktion einen Aus-

schnitt aus Bertrams vielseitigem künstlerischem Schaffen, in dem auch Videoarbeiten einen breiten Raum einnehmen. In beiden Darstellungsformen - Malerei und Video - geht es dem Maler und Grafiker aus Leipzig um das Erleben von Raum und Räumen. Als Maler baut er seine Bilder im Spannungsfeld von perspektivisch-konstruierter Tiefenwirkung und subjektivem Raumpfinden auf, häufig ausgehend von Atelierszenen oder Fensterausblicken.

Die Ausstellung ist von Montag bis Freitag bis 17.30 Uhr im Landtag zu sehen.



SPD-Fraktion feiert 20-jähriges Bestehen

Mit einem Empfang am 4. November in Weimar feiert die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag ihren 20. Geburtstag. Festredner wird neben dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Kultusminister Christoph Matschie Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse sein. In einer Talkrunde erinnern sich die ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Dr. Gerd Schuchardt, Frieder Lippmann und Heiko Gentzel an vergangene Zeiten.

Thüringen bekommt die Gemeinschaftsschule

Bildungsministerium legt Thüringer Schulgesetz vor / SPD-Fraktionsvorsitzender Höhn lobt Kompromiss

Die Gemeinschaftsschule mit längerem gemeinsamen Lernen in Thüringen kommt. Zudem sind künftig zehn Schuljahre Pflicht für jeden Schüler.

Bildungsminister Christoph Matschie, SPD-Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn sowie der CDU-Fraktionsvorsitzende stellten das neue Gesetz Ende September der Presse

vor. Von einem „sozialdemokratischen Herzblutprojekt“ sprach SPD-Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn, Christoph Matschie wies darauf hin, dass es sich um die „einzig neu eingeführte Schulart in Thüringen“ handele. Die Gemeinschaftsschule wird mit dem Gesetz als neue gleichberechtigte Schulart in Thüringen etabliert. Für ihre Gründung braucht es die

Zustimmung von Schulträger und Schulkonferenz. Gemeinsames Lernen bis mindestens Klasse 8 ist Kernpunkt der neuen Gemeinschaftsschule. Die ins Gespräch gebrachte Oberschule wird auch künftig nicht als eigene Schulart etabliert. Es gibt lediglich ein Qualitätssiegel für die Regelschulen, die damit auf Wunsch des Koalitionspartners gestärkt

werden. „Dass wir uns in Sachen Gemeinschaftsschule zunehmend der Unterstützung unseres Koalitionspartners erfreuen können, erleichtert die Arbeit ungemein“, so Höhn mit Verweis auf einen Presseartikel, wonach auch die Thüringer CDU der Meinung ist, „dass die Gemeinschaftsschule gelingen und auch Beständigkeit haben muss.“

Plädoyer für eine „Stätte des Erinnerns“

Thüringer Landtag debattiert über deutsche Einheit: Höhn zieht positive Bilanz

Im Zuge der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit hat sich auch der Thüringer Landtag in einer ausführlichen Debatte diesem Thema gewidmet.

Für die SPD-Fraktion nutzte der Vorsitzende Uwe Höhn den Anlass, um einen über die Parteigrenzen hinweg beachteten und gelobten Vorschlag zu machen: In seiner Rede trat er dafür ein, eine „Stätte des Erinnerns“ zum Gedenken an die friedliche Revolution von 1989 auch in Thüringen zu schaffen. Ort und die Form der Erinnerungsstätte seien dabei nicht entscheidend. „Es kommt vielmehr darauf an, dass ein solches Denkmal der Leistung der Initiatoren und Aktiven der friedlichen Revolution gerecht wird“, sagte Höhn und erntete für diesen Vorschlag parteiübergreifenden Applaus. Parteiübergreifend müsste auch die nun zu führende Debatte sein, so Höhn, und warb um breite Unterstützung für seinen Vor-

schlag. Darüber hinaus fiel die Bilanz des SPD-Fraktionsvorsitzenden differenziert aus. Man sei zwar ein großes Stück auf dem Weg vorangekommen, aber voll-

endung von Thüringer Städten und Dörfern nannte Höhn als Beispiele für die gewaltige Aufbauleistung in den vergangenen 20 Jahren.



Ein gutes Team: SPD-Fraktionschef Uwe Höhn (rechts) und Kultusminister Christoph Matschie (SPD).

Foto: Markus Scheidel

endet sei die Einheit noch lange nicht. Der Aufbau einer unabhängigen Justiz, die Entwicklung der Infrastruktur und die Sanie-

Jedoch gebe es auch Schattenseiten: „Viele fühlen sich noch immer als Bürger zweiter Klasse. Sie werden schlechter bezahlt

und bekommen weniger Rente“, kritisierte er. Vom Tag der deutschen Einheit müsse ein Anstoß ausgehen, diese Missstände zu ändern. Ebenso ging Höhn in diesem Zusammenhang auf gewaltige Fehlinvestitionen, etwa in so genannte Spaßbäder, ein. Der SPD-Fraktionsvorsitzende wandte sich in seiner Rede ausdrücklich gegen eine Verklärung des Geschichtsbildes der DDR. „Was Unrecht ist, muss auch Unrecht genannt werden“, machte er deutlich. Dennoch müsse sich niemand ständig für seine Biografie entschuldigen. „Zu wissen, wo man herkommt, ermöglicht erst den Blick in die Zukunft.“

Der Autor des Textes - Stefan Schimming - ist seit Anfang Oktober Praktikant der SPD-Fraktion. Vor kurzem hat er sein Bachelor-Studium im Studiengang Staatswissenschaften an der Universität Erfurt beendet. Ein Masterstudium soll sich anschließen.

Wundertüte Landeshaushalt

Barth warnt vor „Hütchenspielern“ im Landesparlament

„Vor Hütchenspielern im Park warnt die Polizei, ich warne vor Hütchenspielern im Landesparlament“, mit diesen Worten kritisierte der Fraktionsvorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Uwe Barth den von der Landesregierung vorgelegten Haushalt für 2011. Mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit habe der Entwurf nichts zu tun. „Das ist Lug und Trug“, sagte er mit Blick auf die vorgesehenen Kürzungen im Sozialressort. Die Regierung „spare“ bei den ge-



setzlich vorgeschriebenen Ausgaben und verlege das dann in den Haushaltsvollzug. Überhaupt sei der Entwurf eine „einzige Wundertüte“, verwies Barth auf „wundersame Mehreinnahmen quer durch alle Ressorts“, mit denen das Gesamtvolumen auf 9,5 Milliarden Euro angewachsen sei. „Ein transparenter Haushalt sieht anders aus“, so der FDP-Fraktionschef.

„620 Millionen Euro ist die Zahl, die den Haushalt prägt.“ Mit diesen neuen Schulden wachse die Schuldenlast für die Thüringer Steuerzahler bis Ende 2011 auf 18 Milliarden Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung steige auf 7.700 Euro, rechnete Barth vor. „Sie verfügen damit über das Geld unserer Kinder. Das sind die arbeitenden Menschen, die morgen die Zinsen und die Tilgung der Kredite von heute zu zahlen haben“, sagte er an die Adresse der Landesregierung. Das habe die Koalition völlig aus den Augen verloren. „Dieser Haushalt ist eine Frechheit und darf so nicht beschlossen werden“, so Barth.

Ein freies Land braucht freie Schulen Diskussionsforum der FDP fördert stärkere Vernetzung

„Ein freies Land braucht freie Schulen“, betonte Marco Eberl von der evangelischen Schulstiftung Mitteldeutschland zum Auftakt der neuen bildungspolitischen Diskussionsreihe der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag. „Sie sind ein Zeichen für den aktiven Gebrauch der Bürgerrechte.“ Am Vorabend des 20. Jahrestages der deutschen Einheit hatten die Liberalen zu einer Diskussionsrunde über die Zukunft der Schulen in freier Trägerschaft in das Comcenter im Erfurter Brühl eingeladen. Rund 100 Schulleiter, Verbandsvertreter, Lehrer und Eltern waren der Einladung des Fraktionsvorsitzenden Uwe Barth und der Landtagsvizepräsidentin Franka Hitzing gefolgt. „Das staatliche Bildungsmonopol ist vor 20 Jahren gefallen“, verwies der Fraktionsvorsitzende auf das Grundgesetz und die Verfassung des Freistaats Thü-

ringen. Mit den geplanten Gesetzesänderungen drohe in Zukunft aber gerade, dass gegen das verfassungsmäßige Sondersondergebotsgebot verstoßen werde, wenn die Schulen gezwungen



würden, das Schulgeld zu erhöhen. Barth, der selbst vier Jahre Schulelternsprecher einer freien Schule in Jena war, befürchtet, dass durch die Wartefrist von drei Jahren künftig keine Neugründungen von Schulen in freier Trägerschaft mehr mög-

lich würden. Dabei gibt es in Thüringen noch großen Nachholbedarf. „Fast 25.000 Schüler und 50.000 Elternteile haben in Thüringen bewusst von ihrer Wahlfreiheit Gebrauch gemacht“, stellte die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion Franka Hitzing fest. Die guten Ergebnisse Thüringens beim Bildungsmonitor verdanke man auch und gerade der hervorragenden Qualität der Bildungsarbeit an den Schulen in freier Trägerschaft. „Bildung ist unteilbar, wir sind keine Nische“, mahnte Winfried Weinrich vom Katholischen Büro des Bistums Erfurt. Der Sprecher der in Gründung befindlichen Landesarbeitsgemeinschaft regte eine stärkere Vernetzung der Schulen in freier Trägerschaft an. In der Diskussionsveranstaltung sah er deshalb einen sehr guten ersten Schritt auf diesem Weg.

Kanada traf Thüringen Botschafter Boehm Gast der FDP-Landtagsfraktion

Der kanadische Botschafter S. E. Dr. Peter M. Boehm besuchte auf Einladung der FDP-Landtagsfraktion vom 23. bis 24. September Thüringen. Zum Abschluss war er mit dem Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion Uwe Barth bei der Jenoptik AG und der Mikrotechnik und Sensorik GmbH in Hermsdorf zu Gast. Am ersten Tag seines Thüringen-Besuches war Boehm u. a. mit dem Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Wirtschaft Stephan Fauth und der FDP-Fraktion zu einem Gespräch zusammen gekommen. In einer gut

besuchten Abendveranstaltung im Luthersaal des Erfurter Augustinerklosters konn-



te der Botschafter mehr als 100 Thüringern sein Heimatland vorstellen. Die Reihe der „Internationalen Abende“ der FDP-Landtagsfraktion soll mit

der Einladung namhafter Persönlichkeiten aus der Diplomatie, der internationalen Politik und der Wirtschaft fortgesetzt werden. „Mit der Einladung hochrangiger Diplomaten nach Thüringen wollen wir einen Beitrag leisten, die internationalen Kontakte zu vertiefen und neue mit Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung zu knüpfen“, betonte Barth. Der Botschafterbesuch in Erfurt war der ranghöchste internationale Besuch bei den Liberalen im Freistaat und wohl die erste Einladung dieser Art, die durch eine Landtagsfraktion erfolgte.

500 Zahnrettungsboxen für Thüringer Schulen FDP übergab symbolisch eine Zahnrettungsbox an das Sozialministerium

Im August hat die FDP-Fraktion einen Antrag ins Landtagsplenum eingebracht, wonach alle Thüringer Schulen als Ergänzung ihres Erste-Hilfe-Kastens eine Zahnrettungsbox erhalten sollten. Nun ist das Problem praktisch geklärt. Bevor das Thema erneut zur Beratung im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit auf der Tagesordnung stand, hatte die FDP-Landtagsfrakti-



on gemeinsam mit Partnern die ersten 500 Zahnrettungsboxen organisiert. „Diese werden in den nächsten Wochen an die Schulen verteilt werden“, freut sich Koppe, dass man unabhängig vom Fortgang der parlamentarischen Beratung gemeinsam eine schnelle praktische Lösung des Problems erreicht habe. Für das Ministerium nahm der zuständige Abteilungsleiter Gesundheit, Heinz Fracke, die symbolisch überreichte Zahnrettungsbox entgegen.

Editorial



Sechs Abgeordnete, fünf Gesetzentwürfe, rund 60 parlamentarische Initiativen, 100

kleine Anfragen. Diese kurze Statistik zeigt eines: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben als kleinste Fraktion die Arbeit des Thüringer Landtags im vergangenen Jahr maßgeblich geprägt und dem Freistaat einen eindeutig grünen Stempel aufgedrückt. Nie zuvor wurde im hiesigen Parlament so viel über Erneuerbare Energien gesprochen. Nie zuvor haben Vertreter einer Thüringer Regierung so oft Schlagwörter wie „Nachhaltigkeit“ oder „grüner Motor“ benutzt. Das erste Jahr nach dem Wiedereinzug bietet für BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN Gelegenheit, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Wir werden weiterhin als glaubwürdige Kraft für Klimaschutz, Umweltpolitik und Gerechtigkeit auftreten. Dazu gehört es für uns, nicht simplen Denkmustern anzuhängen, sondern immer neu nach Entscheidungspotenzialen zu suchen. So führt lebendige und konstruktive Opposition zum kreativen Gestalten.

Das erste Jahr ist für uns daher kein Anlass zu Selbstgefälligkeit und Nachlassen, sondern ein Ansporn, Thüringen weiter konsequent zu „durchgrünen“.

Chance verpasst

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wertet die Debatte um die Absenkung des Wahlalters für Kommunalwahlen auf 16 Jahre als hoffnungsvolles Zeichen.

Alle Argumente waren in

der Auseinandersetzung auf Seiten der Befürworter, deren Zahl im Plenum erstaunlich groß war. Neben den GRÜNEN, die das Gesetz in den Landtag eingebracht hatten, sprachen sich alle Oppositionsfrak-

tionen geschlossen für eine Absenkung aus. Darüber hinaus unterstützte auch der sozialdemokratische Teil der Regierung – entsprechend dem Wahlversprechen der SPD – diesen Vorschlag. Dennoch hatte die Rücksichtnahme auf den Koalitionspartner Vorrang und unsere Initiative wurde abgelehnt.

Dass sich die Opposition geschlossen zeigte, macht jedoch Mut. Abgeordnete von vier Fraktionen betonten die Vorteile eines herabgesetzten Wahlalters, insbesondere wurde die Bekämpfung der Politikverdrossenheit betont. Die angeblich im Weg stehende Unreife von Jugendlichen widerlegte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schon zuvor bei der aktuellen Stunde zur diesjährigen Shell-Jugendstudie. Dies alles macht Hoffnung darauf, dass künftig die Karten zugunsten einer Wahlalterabsenkung neu gemischt werden.



Dirk Adams und Matthias Hey - auf Probe waren sie sich einig, dass Wahlen mit 16 auf kommunaler Ebene auch in Thüringen kommen soll.

Konkrete Vorschläge für einen nachhaltigen Landeshaushalt

Für unsere Fraktion hat Anja Siegesmund als Vorsitzende in der ersten Haushaltsdebatte für 2011 eine engagierte Rede gehalten. Sie verdeutlichte, dass wir eine Diskussion um das Geld sehr viel umfassender führen müssen als nur darüber, welches Ministerium wie viel sparen soll. Nach unserer Überzeugung als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN muss sich der Haushalt einbetten in viele grundlegende Veränderungen von Verwaltungsstrukturen und Leistungen. Unsere Schwerpunkte dabei

sind weiterhin die Bereiche Bildung, Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Konsolidierung der öffentlichen Haus-



halte. Wir haben kritisiert, dass uns die Vorlage erscheint wie der „zweite Aufguss eines Übergangshaushaltes“, so wurde bereits der aktuelle einmal bezeichnet. Es sind noch keine Strukturänderungen absehbar und die entsprechende Kommission hat auch noch nicht wie versprochen erste Vorschläge gemacht. In den nun folgenden Beratungen werden wir unsere Bereitschaft zu allen Vorschlägen darstellen, die sich an unseren inhaltlichen Schwerpunkten messen lassen können.

Gemeinschaftsschule ja – aber flächendeckend!



Nach dem beigelegten Schulstreit zwischen Bildungsminister Christoph Matschie und der Thüringer CDU liegt nun der Entwurf des neuen Thüringer Schulgesetzes vor. Festgeschrieben werden soll dort die Thüringer Gemeinschaftsschule als eine neue Schulform, in der alle Schülerinnen und Schüler mindestens bis zur 8. Klasse gemeinsam lernen können.

„Wir begrüßen, dass mit der Gesetznovelle das Prinzip des längeren gemeinsamen Lernens nun auch im Schulgesetz verankert werden soll. Aber leider wird die Gemeinschaftsschule alles andere als konsequent und flächendeckend eingeführt! Sie wird eine neue Schulart neben vielen anderen bleiben und das gliedrige Schulsystem bleibt weiterhin bestehen. Wir meinen, dass mit der jetzt im Schulgesetzentwurf vorgestellten Doppelreform „Qualitätssiegel-Oberschule“ und „Gemeinschaftsschule“ unübersichtlichere Verhältnisse in die Thüringer Schullandschaft Einzug halten werden. Wir brauchen jedoch Schulstrukturen, die sich an individueller Förderung und nicht an Selektion orientieren und Schulen, Lehrerinnen und Lehrern den nötigen Raum schaffen, wirklich eine Schule für alle Kinder zu sein“, so Astrid Rothe-Beinlich (Foto), bildungspolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag, zum Entwurf des Thüringer Schulgesetzes.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
www.bueb.thueringen.de
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragte@landtag.thueringen.de

Die Landesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
www.thueringen.de/tlstu
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: tlstu@t-online.de

Thüringer Landesbeauftragter
für den Datenschutz
www.thueringen.de/datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Thüringer Landtag
Presse-/Öffentlichkeitsarbeit
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Verantwortlich:
Dr. Rainer Kipper

Satz und Layout:
Ines Born

Druck:
Thüringer Druckhaus
Gast & Frisch GmbH,
Eisenach

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch über
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004

pressestelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Die Bürgerbeauftragte

Die Bürgerbeauftragten trafen sich in Schwerin

Die parlamentarisch gewählten
Bürgerbeauftragten Deutsch-
lands trafen sich am 25. und 26.
September 2010 in Schwerin.
Zwischen der Jubiläumsfeier „15
Jahre Bürgerbeauftragter in Me-



Herr Dieter Burgard (Rheinland-Pfalz), Frau Silvia Liebaug (Thüringen), Herr Bernd Schubert (Mecklenburg-Vorpommern), Frau Birgit Wille (Schleswig-Holstein) v.l.n.r.

cklenburg-Vorpommern“ und der
Tagung der Vorsitzenden der Peti-
tionsausschüsse des Bundes und
der Länder mit den Bürgerbeauf-
tragten berieten die Bürgerbeauf-
tragten über aktuelle Schwer-
punktthemen ihrer Arbeit. Die
Pressemitteilung der Beratung
vom 26.09.2010 finden Sie unter:
<http://www.thueringen.de/de/bueb/aktuelles/presse/>.

Turnusgemäß hat am 1. Okto-
ber 2010 der rheinland-pfäl-
zische Bürgerbeauftragte die
Funktion des Sprechers der Ar-
beitsgemeinschaft der parla-
mentarisch gewählten Bürger-
beauftragten Deutschlands für
ein Jahr übernommen.

Der Datenschutzbeauftragte

Modernisierungsbedarf des Datenschutzrechts in Berlin diskutiert

Unter dem Titel „Moderner
Datenschutz im 21. Jahrhun-
dert“ veranstalteten die Da-
tenschutzbeauftragten des
Bundes und der Länder am 4.
Oktober 2010 im Berliner Ab-
geordnetenhaus ein Sympo-
sium mit Experten aus Politik,
Wissenschaft, Wirtschaft und
Verwaltung. Ausgangspunkt
war das Eckpunktepapier „Ein
modernes Datenschutzrecht
für das 21. Jahrhundert“, das
die Datenschutzkonferenz am
18. März 2010 verabschiedet
hatte und das die aktuelle Dis-
kussion über eine Anpassung
der Datenschutzvorschriften
aus den 1980er-Jahren an den
Stand der Technik zum Beginn
des 21. Jahrhunderts unter-
stützen soll. Frau Staatssekre-
tärin Cornelia Rogall-Grothe
vom Bundesinnenministerium
legte den Schwerpunkt ihres

Vortrages auf die geplanten
gesetzgeberischen Maßnah-
men. Dazu gehört die Regu-
lierung der Profilbildung, die
nicht pauschal verboten, son-
dern mit der Einwilligung des
Betroffenen auch zugelassen
werden soll. Außerdem soll
die Zweckbindung der Daten
verbessert, die Ausübung der
Betroffenenrechte auch per
Mausklick möglich und die
Transparenz der Datenverar-
beitung erhöht werden. Anzu-
streben sei z. B. auch das Ver-
gessen der Daten im Internet
durch Verfallsdaten und Ein-
satz eines digitalen Radier-
gummis, die datenschutz-
gerechte Gestaltung von
Verfahren(privacy by design)
und die Verpflichtung zu da-
tenschutzrechtlichen Grund-
einstellungen (privacy by de-
fault) z. B. bei der Nutzung von

Sozialen Netzwerken. Prof. Dr.
Friedemann Mattern von der
Technischen Hochschule Zü-
rich entwickelte z.T. sehr provo-
kante Szenarien, welche Folgen
die Verarbeitung personenbe-
ziehbarer Daten in einer Welt
von smarten Objekten, smarter
Energie und smarter Daten ha-
ben könnte. Die anschließende
Podiumsdiskussion bestätigte
den dringenden Handlungsbe-
darf zur Schaffung angemes-
sener Regelungen vor allem
für die Verarbeitung von Da-
ten im Internet und in mobil
vernetzten IT-Systemen. Aller-
dings muss in der weiteren Dis-
kussion auch beachtet werden,
dass v. a. die jüngere Generati-
on sehr viele Daten über sich
selbst ganz bewusst preisgibt.
Das Eckpunktepapier ist unter
[www.thueringen.de/daten-
schutz](http://www.thueringen.de/daten-schutz) zugänglich.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Zu bedingungsloser Unterwerfung unter die staatliche Autorität gezwungen

**DDR-Kinderheime und ihre Fol-
gen für die Kinder und Jugend-
lichen - Kongress im Thüringer
Landtag am 17. November 2010
ab 10.00 Uhr - veranstaltet von
der Konferenz der Landesbe-
auftragten für die Stasiunter-
lagen und die Aufarbeitung
der kommunistischen Dikta-
tur, dem Thüringer Ministeri-
um für Soziales, Familie und
Gesundheit und Bundesstif-
tung Aufarbeitung.**

Die Kinderheime in der DDR
basierten auf der sozialis-
tischen Erziehungsideologie,
die die „vollwertige sozialis-
tische Persönlichkeit“ produ-
zieren zu können glaubte.
In dem tief gestaffelten System

von Kinderheimen, Spezial-
kinderheimen, Jugendwerkhö-
fen bis hin zum Geschlossenen
Jugendwerkhof Torgau waren
die Insassen „zu bedingungs-
loser Unterwerfung unter die
staatliche Autorität gezwun-
gen“, wie ein Gericht 2004
feststellte. Viele der heu-
te längst Erwachsenen leiden
noch immer an den Folgen der
Entmündigung und des Straf-
systems, an Bildungsdefiziten
und müssen Übergriffe in die
Intimsphäre verkraften.
Viele ehemalige Heimkinder le-
ben heute sozial am Rande und
leiden auch unter psychischen
Problemen. Viele hoffen bis-
her vergeblich auf Rehabilitie-
rung und Wiedergutmachung.

Andere werden strafrecht-
lich rehabilitiert, wenn die Ein-
weisung aus politischen oder
anderen sachfremden Grün-
den erfolgte.

Der Kongress soll helfen he-
rauszufinden, was das System
der Heimerziehung in der DDR
für die Zöglinge bedeutete und
wie ihnen heute geholfen wer-
den kann. Mit wissenschaft-
lichen Vorträgen und Diskus-
sionen soll die bisher teils sehr
emotionale Diskussion ver-
sachlicht und systematisiert
werden. Auch Zeitzeugen kom-
men zu Wort. Der Tag schließt
mit der Lesung von Ursula Bur-
kowski aus „Weinen in der Dun-
kelheit“ (Erfurt, Buchhandlung
Peterknecht, 20.00 Uhr).